769507-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Neubau Grundschule Nicolai, Sylt - Leistungen der Technischen Ausrüstung ELT, ALG 4-6, Leistungsphasen 1-3, 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI
OJ S 215/2026 05/11/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Sylt
E-Mail: sonja.beckmann-visser@klm-sylterwohnen.de
Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau Grundschule Nicolai, Sylt - Leistungen der Technischen Ausrüstung ELT, ALG 4-6, Leistungsphasen 1-3, 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI
Beschreibung: Neubau Grundschule Nicolai, Sylt - Leistungen der Technischen Ausrüstung ELT, ALG 4-6, Leistungsphasen 1-3, 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI Die Grundschule St. Nicolai ist eine Schule mit Förderzentrumsteil und mit Nachmittagsbetreuung, organisiert als „Offene Ganztagsschule“. Die Grundschule wurde einzügig errichtet und hat sich in den vergangenen Jahren hin zu kompletter Zweizügigkeit entwickelt. Von den derzeit ca. 160 Schülerinnen und Schülern der Grundschule, sind ca. 130 Kinder für das nachmittägliche Betreuungsangebot der OGS (Offene Ganztagsschule) angemeldet. Mit der Auflösung der Außenstelle werden zukünftig mindestens 200 Schülerinnen und Schüler zu betreuen sein. Das Schulgebäude befindet sich zentral in Westerland am Busbahnhof und der Musikschule. Auf dem Gelände sind neben dem Schulgebäude eine Sporthalle, ein Fußballfeld und ein Spielplatz verortet. Das Gebäude wurde 1937 in Massivbauweise errichtet, das Erdgeschoss ist nur über eine halbe Treppe erreichbar, da das Kellergeschoss 1,50 m über dem Gelände liegt. Die 4 Etagen werden über zweiläufige Treppenanlagen erschlossen und sind nicht barrierefrei. Hinsichtlich eines modernen Energiestandards wurden bisher keine Investitionen getätigt. Es wurde in der Lehrerschaft ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes pädagogisches Konzept entwickelt, welches sich aufgrund fehlender Räume und Flächen in der vorhandenen Gebäudestruktur nur begrenzt bis unmöglich umsetzen lässt. Die integrative/inklusive Grundschule verortet im Schulgebäude neben Grundschulklassen die DAZ-Förderung, die Schulsozialarbeit, eine jahrgangsübergreifende Montessori-Klasse und eine Förderzentrumsklasse für Geistige Entwicklung. Für ausführlichere Informationen zum Schulalltag und den Einrichtungen sowie Auszeichnungen hier der Hinweis auf die Homepage: https://www.schule-st-nicolai-sylt.de/ Um alle notwendigen Räumlichkeiten auf dem beengten Grundstück verorten zu können, wird es entweder einen kompletten Abriss des Bestandsgebäudes oder mindestens eine Teilabriss geben müssen. Es ist zu prüfen, ob ein barrierefreier Umbau und eine energetische Sanierung im Bestand unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll erscheint oder ob der Bestand einem Neubau weicht. Während der Bauzeit müssen einzelne Nutzungen, ggfs. in Containern untergebracht werden - auch ist die Umsetzung in mehreren Bauabschnitten anzudenken. Es

ist beabsichtigt, folgende Leistungen zu beauftragen: Leistungen der Technischen Ausrüstung ELT, ALG 4-6 gem. §§ 55 ff. HOAI, LP 1-3, 5-9 Zunächst werden in der 1. Beauftragungsstufe die Leistungsphasen 1-2 gemäß HOAI beauftragt. Die Leistungsphasen 3-9 werden stufen-Bauabschnittsweise abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.
Kennung des Verfahrens: e770fc3d-deae-4513-9d2d-4804c250d33c
Interne Kennung: ELT
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: St.-Nicolai-Straße 6
Stadt: Sylt
Postleitzahl: 25980
Land, Gliederung (NUTS): Nordfriesland (DEF07)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU
vgv -
Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Ausschlussgründe (namentlich §§ 123, 124 GWB [= Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung], § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzt) werden dem deutschen Recht entsprechend geprüft.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neubau Grundschule Nicolai, Sylt - Leistungen der Technischen Ausrüstung ELT, ALG 4-6, Leistungsphasen 1-3, 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI
Beschreibung: Neubau Grundschule Nicolai, Sylt - Leistungen der Technischen Ausrüstung ELT, ALG 4-6, Leistungsphasen 1-3, 5-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI Die Grundschule St. Nicolai ist eine Schule mit Förderzentrumsteil und mit Nachmittagsbetreuung, organisiert als „Offene Ganztagsschule“. Die Grundschule wurde einzügig errichtet und hat sich in den vergangenen Jahren hin zu kompletter Zweizügigkeit entwickelt. Von den derzeit ca. 160 Schülerinnen und Schülern der Grundschule, sind ca. 130 Kinder für das nachmittägliche Betreuungsangebot der OGS (Offene Ganztagsschule) angemeldet. Mit der Auflösung der Außenstelle werden zukünftig mindestens 200 Schülerinnen und Schüler zu betreuen sein. Das Schulgebäude

befindet sich zentral in Westerland am Busbahnhof und der Musikschule. Auf dem Gelände sind neben dem Schulgebäude eine Sporthalle, ein Fußballfeld und ein Spielplatz verortet. Das Gebäude wurde 1937 in Massivbauweise errichtet, das Erdgeschoss ist nur über eine halbe Treppe erreichbar, da das Kellergeschoss 1,50 m über dem Gelände liegt. Die 4 Etagen werden über zweiläufige Treppenanlagen erschlossen und sind nicht barrierefrei. Hinsichtlich eines modernen Energiestandards wurden bisher keine Investitionen getätigt. Es wurde in der Lehrerschaft ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes pädagogisches Konzept entwickelt, welches sich aufgrund fehlender Räume und Flächen in der vorhandenen Gebäudestruktur nur begrenzt bis unmöglich umsetzen lässt. Die integrative/inklusive Grundschule verortet im Schulgebäude neben Grundschulklassen die DAZ-Förderung, die Schulsozialarbeit, eine jahrgangsübergreifende Montessori-Klasse und eine Förderzentrumsklasse für Geistige Entwicklung. Für ausführlichere Informationen zum Schulalltag und den Einrichtungen sowie Auszeichnungen hier der Hinweis auf die Homepage: https://www.schule-st-nicolai-sylt.de/ Um alle notwendigen Räumlichkeiten auf dem beengten Grundstück verorten zu können, wird es entweder einen kompletten Abriss des Bestandsgebäudes oder mindestens eine Teilabriss geben müssen. Es ist zu prüfen, ob ein barrierefreier Umbau und eine energetische Sanierung im Bestand unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll erscheint oder ob der Bestand einem Neubau weicht. Während der Bauzeit müssen einzelne Nutzungen, ggfs. in Containern untergebracht werden - auch ist die Umsetzung in mehreren Bauabschnitten anzudenken. Es ist beabsichtigt, folgende Leistungen zu beauftragen: Objektplanung Gebäude gem. §§ 55 ff. HOAI, LP 1-9 Zunächst werden in der 1. Beauftragungsstufe die Leistungsphasen 1-2 gemäß HOAI beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.
Interne Kennung: ELT

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Leistungsphasen 1-9 werden stufenweise abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht. - Beauftragungsstufe 1: Leistungen der Lph. 1-3 gemäß § 55 HOAI, - Beauftragungsstufe 2: Leistungen der Lph. 5-7 gemäß § 55 HOAI, - Beauftragungsstufe 3: Leistungen der Lph. 8-9 gemäß § 55 HOAI, vgl. Vertragsentwurf. Die Planungsleistungen werden stufenweise beauftragt, soweit erwartete Fördermittel für die jeweilige Stufe bewilligt werden, soweit die Finanzierung gesichert ist und soweit keine schwerwiegenden Gründe gegen eine Weiterbeauftragung vorliegen. Hierbei handelt es sich um solche Gründe, die im Falle einer bereits erfolgten Beauftragung den Auftraggeber zu einer außerordentlichen Kündigung berechtigen würden.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: St.-Nicolai-Straße 6
Stadt: Sylt
Postleitzahl: 25980
Land, Gliederung (NUTS): Nordfriesland (DEF07)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2027
Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# #Besonders auch geeignet für:selbst# #Besonders auch geeignet für:startup# #Besonders auch geeignet für: other-sme# Der Auftraggeber bzw. dessen Verfahrensbetreuer korrespondiert ausschließlich über die Vergabeplattform. Bewerbungen sind ausschließlich unter Verwendung der Formblätter für den Teilnahmewettbewerb (Vergabeunterlage B) möglich. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Mitglied auszufüllen. Die benannten Termine für die Laufzeit des Vertrags beziehen sich auf den geplanten Beauftragungszeitpunkt (Beginn) und die geplante Nutzungsaufnahme der Gesamtmaßnahme (Ende). Die Leistungszeit der Mängelbeseitigung, Restabwicklung und Abrechnung der Maßnahme, Erstellung/Übergabe einer vollständigen Dokumentation der erbrachten Planungsleistungen (inkl. Abnahme der Planungsleistungen) sowie die Leistungszeit der kompletten Lph. 9 können zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht exakt angegeben werden, sind daher im genannten Zeitraum nicht enthalten und müssen hinsichtlich der tatsächlichen Laufzeit des Vertrages noch dazugerechnet werden. Je Bewerber ist nur ein Teilnahmeantrag, je Bieter nur ein Angebot zulässig. Mehrfachbewerbungen bzw. -angebote führen zum Ausschluss vom Verfahren. Als Mehrfachbewerbungen/-angebote gelten auch mehrere Bewerbungen/Angebote von Einzelpersonen innerhalb verschiedener Bewerbergemeinschaften. Bewerber bzw. Bieter übermitteln ihre Teilnahmeanträge bzw. Angebote in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel gemäß § 10 VgV über die genannte Vergabeplattform. Der Bewerber /Bieter trägt das Risiko der fristgerechten Übermittlung seines Teilnahmeantrags/Angebots. Zusätzliche bzw. ergänzende Angebotsunterlagen werden nicht berücksichtigt. Die Vergabeunterlagen stehen auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform zum Download zur Verfügung. Fragen und Anmerkungen zu den Vergabeunterlagen sind über die Kommunikationsebene der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist veröffentlicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform /Homepage zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die Angebotsfrist auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu verschieben. In einem solchen Fall wird unverzüglich ebenfalls über die Vergabeplattform informiert. Es besteht die Möglichkeit der freiwilligen Registrierung auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform. Die Bewerber/Bieter, die sich freiwillig registrieren, werden über die verbindlichen Stellungnahmen auf die eingereichten Fragen und Anmerkungen per E-Mail informiert. Bei Bewerbergemeinschaften sind neben der Eigenerklärung auch die weiteren geforderten Erklärungen von jedem Mitglied gesondert zu erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen gemäß § 56 VgV nachzufordern, erläutern oder vervollständigen zu lassen. Fehlerhafte Unterlagen werden nicht nachgefordert. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberanzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde

gelegten Kriterien zu hoch, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern gemäß § 75 Abs. 6 VgV durch Los zu treffen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die Berufsausübung wird zunächst unter Bezugnahme auf § 44 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: 1.) Basisinformation zum Unternehmen des Bewerbers (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten) bzw. – soweit zutreffend – zu den an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Unternehmen (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten, Leistungsanteil). 2.) Eigenerklärung (soweit zutreffend) der Bewerbergemeinschaftsmitglieder zur gesamtschuldnerischen Haftung und Benennung desjenigen, der die Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung. 3.) Eigenerklärung, dass ein Nachweis über die Berechtigung des vorgesehenen Entwurfsverfassers, die Berufsbezeichnung Ingenieur:in/ Meister:in zu tragen oder in Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV) vorliegt. Der Auftraggeber behält sich vor, den entsprechenden Qualifikationsnachweis vor der Zuschlagserteilung nachzufordern. 4.) Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Unternehmen. 5.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB. 6.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB. 7.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. 8.) Erklärung zur Einhaltung der ILO Kernarbeitsnormen. 9.) Für ausländische Unternehmen in Bezug auf die vorstehenden Punkte 5.) bis 8.): Erklärung, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes mit den vorgenannten gesetzlichen Anforderungen vergleichbar sind. 10.) Erklärung zum Russlandbezug des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft sowie von Unterauftragnehmern, Lieferanten oder eignungsverleihenden Unternehmen. 11.) Erklärung über eine eventuelle Weitergabe von Auftragsteilen an andere Unternehmen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV). Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, so hat er die Weitergabe von Auftragsteilen verpflichtend anzugeben. Eine Benennung der Nachunternehmer erfolgt im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs unter Verweis auf § 36 Abs. 1. S. 1 VgV freiwillig. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen. 12.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV), so hat er diese zu benennen und für sie mit der Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Nimmt der Bewerber im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsdurchführung haften. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung
Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit wird zunächst unter Bezugnahme auf § 45 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: Eigenerklärung zu einer Berufshaftpflichtversicherungsdeckung in Höhe von 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden im Fall der Zuschlagserteilung. Die Versicherung muss für die gesamte Vertragszeit unterhalten werden. Der Auftraggeber behält sich vor, den entsprechenden Nachweis für die Berufshaftpflichtversicherung vor der Zuschlagserteilung nachzufordern.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit wird zunächst unter Bezugnahme auf § 46 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Satz 1 VgV: Anhand einer Liste der wesentlichen in den letzten 3 Jahren (2023-2025) erbrachten Leistungen wird die prinzipielle Eignung des Bewerbers geprüft. Bei dieser Liste ist je erbrachter Leistung die Angabe des Rechnungswertes (netto, Kgr. 440-460 DIN 276), der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der Dienstleistungen zu machen. Als prinzipiell geeignet werden Bewerber eingestuft, wenn Sie anhand der zu erstellenden Liste nachweisen können, dass aktuelle Erfahrungs-werte bei der Erbringung vergleichbar komplexer Maß-nahmen vorliegen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 1. Erklärung über den durchschnittlichen Umsatz netto des Bewerbers für die auszuschreibenden Leistungen in den letzten 3 Jahren von 2023 bis 2025 (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV) - Wichtung 5 %. Die zu vergebende Punkte werden wie folgt aufgeteilt: - Jahresmittel ≥ 300.000 EUR/a (5 Punkte), - Jahresmittel < 300.000 EUR/a und ≥ 150.000 EUR/a (2,5 Punkte), - Jahresmittel < 150.000 EUR/a (0 Punkte).
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 5,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft
Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 2. Angabe der Beschäftigten der letzten drei Jahre von 2023 bis 2025 für die auszuschreibenden Leistungen in Bezug auf technisch ausgerichtete Aufgabenbereiche (in Anlehnung an § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) - Wichtung 5 %. Die zu vergebende Punkte für technische Mitarbeitende (Ingenieure /Architekten, staatlich geprüfte Techniker, Meister u. ä.) werden wie folgt abgestuft: - durchschnittlich ≥ 4 Technische Mitarbeiter (5 Punkte), - durchschnittlich < 4 und ≥ 2 Technische Mitarbeiter (2,5 Punkte), - durchschnittlich < 2 Technische Mitarbeiter (0 Punkte).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 5,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 3. Darstellung von maximal 3 Referenzprojekten aus den letzten 8 Jahren (Inbetriebnahme – nicht vor dem 01.01.2018) von 2018 bis zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge, aus der die Erfahrung des Bewerbers bei Projekten mit vergleichbaren Anforderungen hervorgeht. - Wichtung 90 %. Für die Maximalpunktzahl sollten für die Referenzprojekte folgende Anforderungen erfüllt sein: Referenzprojekt 1: - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um den Neubau einer Schule mit durchschnittlichen Planungsanforderungen, zum Beispiel Grundschulen, weiterführende Schulen und Berufsschulen (keine Schulen mit hohen Anforderungen laut Anlage 10 HOAI) >> wenn ja, volle Punktzahl; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben - Die Referenzprojekte wurden unter Berücksichtigung öffentlicher Vergabevorschriften abgewickelt. >> wenn ja, volle Punktzahl; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben - Das Referenzprojekt ist vergleichbarer Größenordnung: Kosten Kgr. 440-460 ≥ 0,5 Mio. EUR netto. >> wenn ja, volle Punktzahl; wenn nein, bei geringerer Größenordnung wird Punktezahl linear interpoliert - Durch den Bewerber wurden mindestens die Leistungsphasen 2-3, 5-8 gemäß § 55 HOAI erbracht. >> wenn ja, volle Punktzahl; wenn nein, bei geringerer Größenordnung wird Punktezahl linear interpoliert Referenzprojekt 2+3: - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Neubaumaßnahme. >> wenn ja, volle Punktzahl; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben - Die Referenzprojekte wurden unter Berücksichtigung öffentlicher Vergabevorschriften abgewickelt. >> wenn ja, volle Punktzahl; wenn nein, werden 0 Punkte vergeben - Das Referenzprojekt ist vergleichbarer Größenordnung: Kosten Kgr. 440-460 ≥ 0,5 Mio. EUR netto. >> wenn ja, volle Punktzahl; wenn nein, bei geringerer Größenordnung wird Punktezahl linear interpoliert - Durch den Bewerber wurden mindestens die Leistungsphasen 2-3, 5-8 gemäß § 55 HOAI erbracht. >> wenn ja, volle Punktzahl; wenn nein, bei geringerer Größenordnung wird Punktezahl linear interpoliert Es können 30 Punkte je Referenzprojekt erreicht werden. Die maximal zu erreichende Punktzahl im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sind 100 Punkte (max. 5 Punkte für Umsatz + max. 5 Punkte für Mitarbeiterzahl + 3 x max. 30 Punkte für Referenzprojekte). Die teilweise Erfüllung der vorgenannten Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung. Eine Übersicht ist der „Vergabeunterlagen C – Kriterienkatalog“ zu entnehmen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 90,00
Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden
Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Qualität

Bezeichnung: Personelle Besetzung - Gewichtung 30 %
Beschreibung: Personelle Besetzung = Gewichtung 30% - Projektleitung/ stv. Projektleitung: Benennung der Projektleitung mit Darlegung des persönlichen Erfahrungshintergrundes (u. a. Lebenslauf und Referenzprojekte) bzw. der persönlichen Kenntnisse sowie der Einbindung in andere Projekte (zeitliche Verfügbarkeit). Gewichtung = 10 % - Bauleitung/Projektbearbeitung (Mitarbeiter für die einzelnen Teilaufgaben): Vorstellung der vorgesehenen Projektmitarbeitenden mit Darstellung der zeitlichen Verfügbarkeit bzw. Einbindung in andere Projekte. Darstellung der vorgesehenen Aufgabenverteilung innerhalb des Projektteams. Gewichtung = 5 % - Darstellung der kurzfristigen Verfügbarkeit vor Ort in Planungs- und Ausführungsphase. Gewichtung = 15 %
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 30
Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: Fachtechnische Lösungsansätze - Gewichtung 50%
Beschreibung: Fachtechnische Lösungsansätze = Gewichtung 50% Darstellung der Herangehensweise an komplexe fachtechnische Aufgabenstellungen anhand von praktischen Beispielen. Die Darstellung soll in Bezug auf den zu vergebenen Auftrag anhand realisierter Bauprojekte, die mit dem geplanten Vorhaben vergleichbar sind, erfolgen und kann durch Zeichnungen, Skizzen, Diagramme, Tabellen u. ä., die die Arbeitsweise verdeutlichen, ergänzend verdeutlicht werden. Maßnahmen zur: ▪ Ablauforganisation im Projektteam und mit den Planungsbeteiligten ▪ Qualitätssicherung ▪ Kostensicherung und -optimierung ▪ Terminsicherung Gewichtung = 10 % - Gestalterische und funktionale Umsetzung. Gewichtung = 30 % - Nachhaltigkeit. Gewichtung = 10 %
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 50
Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: Honorarangebot - Gewichtung 20%
Beschreibung: Honorarangebot Die Honorarkonditionen sind mittels des zur Verfügung gestellten Honorarformblattes anzubieten. Gewichtung = 20 %
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28f171-eu
Ad-hoc-Kommunikationskanal:
URL: https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28f171-eu

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28f171-eu
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 04/12/2026 11:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen gemäß § 56 VgV nachzufordern, erläutern oder vervollständigen zu lassen. Fehlerhafte Unterlagen werden nicht nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Gesamtschuldnerische haftende Bieter-/Bewerbergemeinschaft unter Benennung desjenigen, der die Bieter-/Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: — Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). — Bieter und Bewerber können die Unwirksamkeit eines Vertragsschlusses feststellen lassen, wenn der öffentliche Auftraggeber gegen die Informations- und Wartepflicht aus § 134 GWB verstoßen hat oder der Auftrag rechtswidrig ohne vorherige Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben wurde. Wurde der Bewerber / Bieter ohne Vorabinformation direkt durch den öffentlichen Auftraggeber informiert oder die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, muss er einen Nachprüfungsantrag innerhalb von 30 Tagen einlegen, selbst bei unterbliebener Information jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss (§ 135 Abs. 2, Abs. 1 GWB). Neben den vorgenannten Rechtsbehelfsfristen sind folgen-de Rügefristen zu beachten: — Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB). — Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB).

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Sylt

Organisation, die Angebote bearbeitet: Gemeinde Sylt

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Sylt
Registrierungsnummer: DE 275576320
Postanschrift: Andreas-Nielsen-Str. 1
Stadt: Sylt/ Westerland
Postleitzahl: 25980
Land, Gliederung (NUTS): Nordfriesland (DEF07)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Kommunales Liegenschafts-Management der Gemeinde Sylt
E-Mail: sonja.beckmann-visser@klm-sylterwohnen.de
Telefon: +49 4651 851 820
Internetadresse: www.gemeinde-sylt.de
Profil des Erwerbers: https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28f171-eu
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein
Registrierungsnummer: N.N.
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24105
Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Telefon: +49 431 9884542
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8816a0b3-6b92-474d-a687-9a3e330b11c3 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/11/2026 13:44:49 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 769507-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 215/2026
Datum der Veröffentlichung: 05/11/2026